



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

An die Medien

AHV-Scheinlösung mit grossem Schaden für Wirtschaftsstandort Kantonsregierungen empfehlen die KOSA-Initiative zur Ablehnung

Die Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ setzt die Glaubwürdigkeit der Nationalbank leichtfertig aufs Spiel und schafft gleichzeitig neue Finanzprobleme bei Bund und Kantonen. Im Gegenzug vermag die KOSA-Initiative ihr Versprechen für eine sichere AHV nicht einzulösen. Deshalb empfehlen die Kantonsregierungen, das Volksbegehren am 24. September 2006 abzulehnen.

Die KOSA-Initiative will die Gewinne der Nationalbank - nach Abzug einer Milliarde für die Kantone - künftig in die AHV fliessen lassen. Diese Verknüpfung von Sozial- und Geldpolitik gefährdet die Unabhängigkeit der Nationalbank. Die KOSA-Initianten überschätzen das langfristige Gewinnpotential der Nationalbank massiv. Deshalb ist zu befürchten, dass die Nationalbank zunehmend unter Druck gerät, höhere Gewinne zu erzielen. Höhere Gewinne sind letztlich jedoch nur durch eine risikoreichere Anlagepolitik, durch eine Ausweitung der Geldmenge oder durch einen Abbau der Währungsreserven möglich.

Vertrauensverlust in Schweizer Franken

Mit der KOSA-Initiative würde das Ziel der Preisstabilität mit dem Ziel, möglichst hohe Nationalbankgewinne zu erzielen, in Konflikt geraten. Dies würde die Unabhängigkeit der Nationalbank gefährden und könnte zu einem Vertrauensverlust in den Schweizer Franken führen. Dem Wirtschaftsstandort Schweiz würde damit grosser Schaden zugefügt, ohne dass dabei das demographiebedingte Finanzierungsproblem der AHV auch nur im Ansatz gelöst wäre. Im Gegenteil droht diese Scheinlösung notwendige Reformen zu verzögern, die zur Sicherung der AHV unumgänglich sind. Zudem würde mit der KOSA-Initiative kein einziger Franken zusätzlich zur Verfügung stehen. Jeder Franken, der an die AHV ginge, würde zu Lücken in den Budgets von Bund und Kantonen führen. Die Folgen wären Leistungsabbau in staatlichen Kernaufgaben wie Bildung, Gesundheitsversorgung oder öffentliche Sicherheit.

Golderlöse fliessen in den Schuldenabbau

Gemäss einer Umfrage der KdK verwenden die Kantone ihren Anteil am Erlös aus dem Nationalbankgold vorwiegend für den Schuldenabbau. In einigen Kantonen finden die Gelder neben dem Schuldenabbau auch anderweitige Verwendung: z.B. zugunsten der Gemeinden sowie für Projekte im Bildungswesen oder zur Schaffung

von Lehrstellen. Während in den meisten Fällen jeweils das Parlament über die Verwendung entschied, hatte in sechs Kantonen das Volk das letzte Wort.

Jean-Claude Mermoud ist neuer Präsident der TAK

Die Plenarversammlung der KdK wählte Staatsrat Jean-Claude Mermoud (VD) zum neuen Präsidenten der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK). Die TAK ist die politische Plattform von Bund, Kantonen sowie Gemeinden und Städten zur Stärkung der vertikalen Zusammenarbeit und zur Entwicklung einer gemeinsamen Agglomerationspolitik.

Unterstützung für die GATS-Verhandlungen

Die Kantonsregierungen haben sich erneut mit dem Stand der laufenden GATS-Verhandlungen befasst und bekräftigen ihre Unterstützung für Verhandlungsposition des Bundesrates.

Bern, 23. Juni 2006

Weitere Auskünfte erteilen:

- Regierungsrat Lorenz Bösch, Präsident KdK (Tel. 079 426 54 19)
- Canisius Braun, Sekretär KdK (Tel. 079 456 92 92 oder 031 320 30 00)

Folgende weitere Unterlagen finden Sie unter: <http://www.kdk.ch/int/kdk/de/mm.html>

- Abstimmungsempfehlung der KdK zur KOSA-Initiative
- Ergebnisse der KdK-Umfrage über Goldverwendung in den Kantonen